You Talk!
Meine Schule, Deine Schule!

Schülerinnen und Schüler diskutieren über die Berliner Schulreform
Zusammenfassung der Fishbowl-Diskussion vom 6. Oktober 2009, Berlin

Urban Überschär

Seit Jahren gibt es in Deutschland einen Streit über die richtige Schulform. Ab dem kommenden Schuljahr 2010/11 wird es in Berlin nach der sechsjährigen Grundschule nur noch zwei Schularten geben: die neue integrierte Sekundarschule mit Ganztagsbetreuung, in der Haupt-, Real- und Gesamtschulen zusammengeführt werden, und das Gymnasium, das fast unverändert erhalten bleiben soll. Damit trennt sich das Land endgültig vom dreigliedrigen Schulsystem. Am 14. Januar 2010 wurde die Reform mit den Stimmen der Koalition von SPD und Linken im Berliner Abgeordnetenhaus verabschiedet. CDU und FDP votierten dagegen, die Grünen enthielten sich. Die Initiatoren, neben der Senatsverwaltung für Bildung und Wissenschaft und Forschung vor allem die Regierungskoalition von SPD und Linkspartei, erhoffen sich eine größere Chancengerechtigkeit in der Schulbildung. Mit der Reform sollen nicht zuletzt die Chancen für Kinder aus sozial schwachen Familien und Kindern mit Migrationshintergrund auf einen höheren Schulabschluss deutlich erhöht werden. Dennoch ist dieses Reformvorhaben bei vielen Eltern und Schüler/innen umstritten. Über die Vor- und Nachteile der geplanten Schulstrukturreform diskutierten am 6. Oktober 2009 auf Einladung des Forum Politik und Gesellschaft der Friedrich-Ebert-Stiftung ca. 100 Berliner Schüler/innen mit

Siegfried Arnz, Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung
Norbert Gundacker, stellvertretender Vorsitzender des Landesverbands der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Berlin
Christa Müller, Mitglied des Abgeordnetenhauses und Vorsitzende des Ausschusses für Bildung, Jugend und Familie sowie
André Schindler, Vorsitzender des Landeselternausschusses Berlin.
Moderiert wurde die Fishbowl-Diskussion von **Shelly Kupferberg** vom rbb/ Deutschlandradio.

FRIEDRICH EBERT STIFTUNG
Forum Politik und Gesellschaft

Impressum:
Friedrich-Ebert-Stiftung
Forum Politik und Gesellschaft
Hiroshimastr. 17, 10785 Berlin
Tel. 030 - 269 35 7321
www.fes.de/forumpug

Text: Urban Überschär, Friedrich-Ebert-Stiftung
Redaktion: Manuela Albrecht-Matschull, Friedrich-Ebert-Stiftung
Gestaltung: Inge Voß, Friedrich-Ebert-Stiftung
Fotonachweis: joe_kickass (istockphoto.com); Daniel Fuhr, jedi-master, PT Images, Daniel Terence Mock (Fotolia.de)

Hauptschule ist mit dem Makel der Perspektivlosigkeit versehen

Das wichtigste Ziel der Schulstrukturreform ist es, mehr Chancengerechtigkeit für alle Schüler/innen zu schaffen. Dies soll vor allem durch die faktische Abschaffung der Hauptschule erreicht werden. Zukünftig wird es also neben dem Gymnasium nur noch eine sogenannte integrierte Sekundarschule geben, in der ab dem Schuljahr 2010/11 die bisherigen Haupt-, Real- und Gesamtschulen zusammen gefasst werden. Die neue Schule wird außerdem die Möglichkeit bieten, alle Schulabschlüsse – einschließlich des Abiturs – mit einem etwas abgestuften Programm zu machen. Handwerklich begabte Schüler/innen haben darüber hinaus neben dem Unterricht an bis zu drei Tagen pro Woche die Möglichkeit, Praktika in Betrieben, Verwaltungen oder Werkstätten zu absolvieren.

Das Land Berlin versucht damit auf die Entwicklung zu reagieren, nach der die Hauptschule bei Eltern wie Schüler/innen zunehmend an Bedeutung verloren hat. Nur noch knapp sieben Prozent der Jugendlichen eines Jahrgangs besuchten in den vergangenen Jahren eine Hauptschule. Darunter befinden sich wiederum überdurchschnittlich viele Jugendliche mit Migrationshintergrund. Der Grund dafür sind in der Regel mangelnde Sprachkenntnisse.

Längeres gemeinsames Lernen und Praxisklassen eröffnen Chancen auf dem Arbeitsmarkt

In der Vergangenheit hat sich gezeigt, dass Absolvent/innen der Hauptschule auf dem Arbeitsmarkt kaum Chancen auf eine Lehrstelle haben. Die Hauptschule ist förmlich mit dem Makel der Perspektivlosigkeit versehen. Eine Schulform, die von Eltern und Schüler/innen als Sackgasse empfunden wird, soll es nach dem Willen der Initiator/innen der Schulstrukturreform zukünftig in Berlin nicht mehr geben. In der neuen integrierten Sekundarschule sollen deshalb gerade auch Kinder aus sozial schwachen Familien und Kinder mit Migrationshintergrund bessere Chancen haben, einen höheren Schulabschluss zu erreichen. Längeres gemeinsames Lernen und Praxisklassen sollen den Schüler/innen zudem bessere berufliche Perspektive eröffnen. Die Erfahrungen aus anderen europäischen Ländern zeigen, dass es zwischen längerem gemeinsamen Lernen und besseren Schulergebnissen einen direkten Zusammenhang gibt. Als vorbildlich gelten in dieser Hinsicht die skandinavischen Länder.

Das Problem ist die fehlende gesellschaftliche Wertschätzung der Hauptschüler/innen

Im Verlauf der Diskussion wurde deutlich, dass nicht alle Teilnehmer/innen in der Hauptschule ein Auslaufmodell sehen. Das alte dreigliedrige Schulsystem bietet nach Ansicht einiger Schüler/innen zum Beispiel die Möglichkeit, zwischen den unterschiedlichen Leistungsniveaus der Schüler/innen besser zu differenzieren. Einige äußerten sich sogar positiv über die Qualität an den bisherigen Hauptschulen. Auch von Seiten der Eltern wird die Hauptschule nicht als die per se schlechtere Schulform angesehen.

Dass die Hauptschule dennoch einen so schlechten Ruf hat, läge vor allem an der fehlenden gesellschaftlichen Wertschätzung, beklagten etliche Schüler/innen. Hauptschulen seien ihrer Meinung nach heute nur noch Sammelbecken für problematische Jugendliche. Diese jungen Leute hätten auf dem Arbeitsmarkt oft keine wirkliche Chance. Dabei sei es doch eigentlich gar nichts Schlechtes, auf eine Hauptschule zu gehen, befand eine Schülerin.

Chaoten gibt es nicht nur an den Hauptschulen

Einige der Teilnehmer/innen stimmten zwar mit der Aussage überein, dass bei einigen Hauptschüler/innen eine Nullbock-Haltung dominiere. Diese seien aber in der Minderheit. Ein paar „Chaoten" gäbe es schließlich überall, sagte eine Schülerin. Überdies würden doch gerade diese Schüler/innen ihre Einstellung und Motivation nicht allein aus dem Grund ändern, weil ihre Schule einen anderen Namen bekäme. Die Probleme an den Schulen, wie zum Beispiel fehlende Lehrkräfte, Unterrichtsausfall und veraltete Schulbücher, würden dadurch nicht beseitigt, so die Schülerin weiter. Ein anderer Schüler war der Ansicht, dass das Geld, das nun für die Reform aufgewendet werden würde, besser in den Ausbau der bereits vorhandenen Schulen gesteckt werden solle.

Individuelles Fördern als Kernherausforderung der Reform

Nach den Plänen der Senatsverwaltung werden in der neuen Sekundarschule die Klassen deutlich kleiner sein. Vorgesehen ist eine Frequenz von maximal 25 Schüler/innen pro Klasse. Zum Vergleich: Bislang sind es an den Berliner Gesamtschulen 29. Um eine bessere individuelle Förderung gewährleisten zu können, sollen außerdem häufiger zwei Lehrer/innen gleichzeitig in einer Klasse unterrichten. Eine der zentralen Herausforderungen für die Akzeptanz der Schulstrukturreform wird letztlich darin bestehen, ob es gelingt, die individuelle Förderung der Schüler/innen zu verbessern. Das Lehrpersonal wird deshalb in den verbleibenden Monaten bis zum Beginn der Reform speziell darin geschult werden, das unterschiedliche Lernniveau und -tempo der Schüler/innen zukünftig besser zu berücksichtigen.

Viele Teilnehmer/innen haben jedoch ihre Zweifel, ob es in der neuen Sekundarschule tatsächlich gelingen wird, allen gerecht zu werden. Zumal Jugendliche mit ganz unterschiedlichem Hintergrund und Niveau parallel unterrichtet werden sollen. Insbesondere auf Seiten der Schüler/innen selbst gibt es die Befürchtung, dass sich die Lehrer/innen an den etwas leistungsschwächeren Schüler/innen orientieren und die Starken darüber vernachlässigt werden könnten.

Nach den Plänen der Senatsverwaltung sollen deshalb die Lehrkräfte zukünftig verstärkt ihren Unterricht in kleinen Gruppen organisieren. Auf diese Weise können die individuellen Bedürfnisse der Schüler/innen besser berücksichtigt werden. Davon werden letztlich auch die guten Schüler/innen profitieren. Denn eigentlich brauchen gerade sie keine ständige Beaufsichtigung, sondern eine Aufgabenstellung, die sie herausfordert. Darauf wird auch bei der Ausbildung der zukünftigen Lehrer/innen mehr Wert gelegt werden müssen. Die Lehrer/innenausbildung muss sich insgesamt stärker an der Praxis orientieren.

Das schulische Niveau insgesamt anheben

Der gesellschaftliche Wandel hat nicht zuletzt zur Folge, dass die Anforderungen an die Schulabgänger/innen in der Berufswelt stark zugenommen haben. Auch einfache Ausbildungsberufe sind deutlich anspruchsvoller geworden. Zum Beispiel muss ein/e KFZ-Mechatroniker/in heute viel mehr an technischem Wissen mitbringen als noch vor einigen Jahren. Mit der Schulstrukturreform verfolgt die Senatsverwaltung daher auch das Ziel, mehr Schüler/innen einen höheren (Schul-) Abschluss zu ermöglichen. Für den Erfolg der Reform wird es sogar entscheidend darauf ankommen, das Niveau im Bildungssystem insgesamt anzuheben und letztlich die Zahl der Abiturient/innen deutlich zu erhöhen. Nur so kann es gelingen, wieder mehr Jugendlichen eine entsprechende Lehrstelle zu vermitteln.

In diesem Zusammenhang muss aber auch die Ausbildung an den Grundschulen und die frühkindliche Pädagogik insgesamt deutlich verbessert werden. Viele Eltern sehen die Grundschule inzwischen als gescheitert an. Die teilweise großen Wissenslücken bei einigen Schüler/innen können später gar nicht mehr aufgeholt werden. In der Konsequenz bedeutet dies allerdings auch, dass deutlich mehr Geld in die Grundschulen investiert werden muss.

Was wird mit den Gymnasien passieren?

Die Frage nach der Zukunft der Gymnasien beschäftigt sowohl Eltern als auch Schüler/innen. Fest steht, dass das Gymnasium auch nach der Reform als eigenständige Schulform mit einem Probejahr bestehen bleiben wird. Neu dagegen ist, dass es an der Sekundarschule ebenfalls möglich sein wird, das Abitur nach 12 beziehungsweise 13 Jahren abzulegen. Verunsicherung gibt es darüber, nach welchen Kriterien die zukünftigen Gymnasiast/innen ausgewählt werden. Ein Schüler stellte die Frage, ob die Anforderungen für das Gymnasium denn nicht erhöht werden müssten?
Da den Gymnasien wohl keine zusätzlichen finanziellen Mittel zur Verfügung gestellt werden, befürchten viele Eltern, dass die Gymnasien zu den Verlierern der Reform zählen könnten.

Warum nicht eine Schule für alle?

Viele Schüler/innen haben Zweifel, ob sich mit der Schulstrukturreform wirklich grundlegendes an ihrem Alltag ändern wird. Einige finden es in

diesem Zusammenhang auch nicht überzeugend, dass es nach der Reform weiterhin zwei Schularten geben wird. Warum man diese Chance nicht genutzt habe, um wirklich eine Schule für alle zu ermöglichen, brachte eine Schülerin ihre Bedenken auf den Punkt. Das Gymnasium wird in seiner bisherigen Form fast unverändert erhalten bleiben. Der Senat hat lediglich entschieden, dass das Abitur verbindlich nach zwölf Jahren abgelegt werden muss. Die Schüler/innen haben somit die Wahl, ob sie ihr Abitur am Gymnasium oder lieber an einer Sekundarschule machen wollen.

Besorgt darüber äußerten sich viele der anwesenden Jugendlichen über das Niveau auf der neuen Sekundarschule. Sie glauben, dass sich die Lehrer/innen eher an den leistungsschwächeren Schüler/innen orientieren würden und die guten sich selbst überlassen würden. Ein Schüler gab zu bedenken, dass sich die diejenigen Schüler/innen, die mit dem Lernstoff besser voran kämen, in einem solchen Unterricht auf Dauer langweilen könnten und letzten Endes ihre Leistung darunter leiden würde.

Neue Anforderungen an das Lehrpersonal

Damit die Schulstrukturreform zum Erfolg werde, müßte sich auch das Lehrpersonal umstellen. Zukünftig würden Lehrer/innen verstärkt ihren Unterricht in kleinen Gruppen organisieren müssen. Frontalunterricht wird dagegen weniger gefragt sein. Der Fortbildungsbedarf hat daher insgesamt stark zugenommen. Entscheidend für das Gelingen der Reform wird nicht zuletzt die Begeisterung der Lehrkräfte für ihren vielschichtiger gewordenen Beruf sein.
Kritisiert wurde von Seiten der Teilnehmer/innen, dass es in Berlin zu wenig Lehrpersonal gäbe. Außerdem sei das Durchschnittsalter unter den vorhandenen Lehrer/innen zu hoch. Gleichzeitig seien die Anforderungen in den letzten Jahren enorm gestiegen, so dass der Bedarf an jungen und gut ausgebildeten Lehrer/innen zugenommen habe. Die Senatsverwaltung müsse nach Ansicht der Teilnehmenden die Rahmenbedingungen für angehende Lehrkräfte attraktiver gestalten und auch wieder mehr Lehrer/innen einstellen.

Die Belange der Schüler/innen in den Vordergrund stellen

Einig waren sich alle Teilnehmer/innen darin, dass bei der Umsetzung der Schulstrukturreform die Belange der Schüler/innen im Vordergrund stehen sollten. Gerade bei einer so weitreichenden Veränderung sei es wichtig, mit den Betroffenen möglichst frühzeitig ins Gespräch zu kommen. Nach Ansicht einiger Teilnehmer/innen habe die Politik in den letzten Jahren diesbezüglich viel an Glaubwürdigkeit verloren. Die Meinung der Schüler/innen hätte man durchaus auch schon zu einem früheren Zeitpunkt einholen können, so der allgemeine Tenor.

Weitere Informationen zur Schulstrukturreform:

Informationen der Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung zur Schulstrukturreform finden Sie im Internet unter
http://www.berlin.de/sen/bildung/bildungspolitik/schulreform/intern.html

Informationen der Berliner SPD zur Schulstrukturreform finden Sie unter folgendem link:
http://www.spd-berlin.de/aktuell/thema-schulreform/

Beiträge aus Zeitungen über die Schulstrukturreform finden Sie unter den folgenden links:
http://www.tagesspiegel.de/meinung/kommentare/auf-den-punkt/Haupstschule-Schule;art15890,3002025

http://www.berlinonline.de/berliner-zeitung/archiv/.bin/dump.fcgi/2010/0114/meinung/0013/index.html

http://www.sueddeutsche.de/jobkarriere/907/500177/text/

Weiterführende Literatur:

Wege in den Arbeitsmarkt für Jugendliche mit schlechteren Startchancen / Hrsg.: Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Politik und Gesellschaft, Berlin 2009.
http://library.fes.de/pdf-files/do/06735.pdf

Integration beginnt im Vorschulalter: von Schweden und Dänemark für zukünftige Konzepte lernen / Hrsg.: Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Politik und Gesellschaft, Berlin 2008.
http://library.fes.de/pdf-files/do/05488.pdf

Qualität für die Kleinen - Investition in die Zukunft : Ansätze für eine nachhaltige Qualitätsentwicklung in Kindertagesstätten / Hrsg.: Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Politik und Gesellschaft, Berlin 2008.
http://library.fes.de/pdf-files/do/05408.pdf
Jugendarbeitslosigkeit in Deutschland und Schweden : die berufliche Bildung unter Reformdruck / Hrsg.: Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Politik und Gesellschaft, Berlin 2007.
http://library.fes.de/pdf-files/do/05048.pdf

Berlin, Januar 2010